

## SPARPAKET I: WIR ZAHLEN NICHT FÜR EURE KRISE!

Von Berlin bis Velbert hört man in der Politik seit Wochen immer nur dasselbe: Sparen, sparen, sparen. Aber wer soll denn sparen und wofür?

Klar, die Schwarz-Gelben in Berlin wollen wieder einmal die kleinen Leute schröpfen. Und dabei ganz besonders diejenigen, die sich am wenigsten wehren können: Arbeitslose, sozial Schwache, Rentner und Kinder.

Denjenigen, die schon wenig haben, sollen noch Mittel gestrichen werden. So die längere Bezugsdauer von ALG I für ältere Arbeitslose (die über 35 Jahre gearbeitet haben!), Rentenversicherungsbeiträge für Hartz IV-Empfänger (die dann mit 65 ihre Mini-Renten aufstocken müssen). Elterngeld sollen sie auch nicht mehr erhalten, was vor allem ihren Kindern schadet. Und auch den Rentnern ist schon die nächste Nullrunde angekündigt worden.

Dabei werden Frau Merkel, Herr Westerwelle und Co. nicht müde immer wieder zu betonen, in Krisenzeiten müssten „eben alle Opfer bringen...“

Wir Linken fragen da mal ganz laut: Wie bitte? Wessen Krise? Wer hat sie „gemacht“ und deshalb auch zu verantworten? Wo sind die großen Banken und dubiosen Investmentfonds, die mit ihrer Gier nach Riesengewinnen unser Wirtschafts- und Finanzsystem ruiniert haben? Zahlen die denn mit? Wo sind ihre Manager, die das zu verantworten haben? Allen voran Herr Ackermann von der Deutschen Bank mit seinen markigen Sprüchen („25% Gewinn sind normal im Bankengeschäft“)?

Und wo sind die Politiker der herrschen-

den Parteien, die ihnen jahrelang gerne zugearbeitet haben und seit fast zwei Jahren nichts tun, um die Finanztrickser und Spekulanten zur Kasse zu bitten? Nichts da, Fehlanzeige! Diejenigen, die die Krise verursacht und ermöglicht haben, stehlen sich feige aus der Verantwortung. Sie bekommen sogar noch einen „500 Mrd. Euro - Schutzschirm“ auf Kosten der Steuerzahler hinterher geworfen! Milliardäre und Multimillionäre werden weiterhin in Deutschland nicht gerecht besteuert. Ihre Erben brauchen das Finanzamt nicht zu fürchten. Es gibt weiter keine Bankenabgabe oder Finanztransaktionssteuer. DIE LINKE. sagt NEIN zu solcher Art der Krisenbewältigung!

Gemeinsam mit Gewerkschaften, Sozialverbänden, kirchlichen Kreisen, Attac und Arbeitsloseninitiativen protestieren wir gegen das unverschämte „Sparpaket“ der Bundesregierung. Am Donnerstag, dem 8. Juli stehen wir Linken deshalb in Velbert am Denkmal und wollen mit Ihnen über diese ganze unsoziale Schweinerei sprechen. Denn wir alle sind Betroffene!



## SPARPAKET II: MADE IN VELBERT

Da hat jetzt also Herr Freitag seinen Kämmerer vorgeschickt, und der soll die Notbremse ziehen.

Grundschulen, Schwimmbäder, Offene Ganztagschulen, Jugendarbeit, Sport, Spielgruppen, VHS, Kunst- und Musikschule, Vereine, Nachtexpresse, Flüchtlingskinder, Behinderte, Unterstützung sozial Schwacher, Senioren, und, und, und. An vielen Orten soll gespart werden, und meist trifft es die Falschen. Die, die ohnehin wenig haben, die für die finanzielle Schieflage am wenigsten können, die sich am wenigsten wehren können.

Damit das klar ist: Grade wir Linken prangern die große Ungerechtigkeit bei der Steuerverteilung zu Lasten der Städte und Gemeinden an. Es darf nicht sein, dass in Berlin und Düsseldorf Gesetze beschlossen werden, die die Kommunen zum großen Teil mit ihren ohnehin gerin-

gen Mitteln finanziell auslöffeln müssen (z. B. Hartz IV).

Und natürlich wissen wir Velberter Linken von den großen Gewerbesteuerverlusten, die durch die Absatzkrise der Autoindustrie und ihrer Zulieferbetriebe Velbert und Niederberg besonders stark getroffen haben.

Aber bevor jetzt im „Hau-Ruck-Verfahren“ das Nizzabad in Langenberg, die Nevigeser Stadthalle und alle Bezirksausschüsse dicht gemacht werden, gibt es unserer Meinung nach erst einmal „hausgemachten“ Kürzungsbedarf bei der Velberter Ratsmehrheit (CDU, SPD, FDP, Velbert Anders etc.).

Dazu zählt zuerst Herrn Freitags liebstes Kind, das überdimensionierte Sportzentrum von 20 Mio. Euro. Das hier noch einzusparende Geld muss aber z. T. in die seit Jahren absichtlich nicht sanierten

Sportstätten wie Am Wasserturm u.a. gesteckt werden. Dennoch kann hier der Löwenanteil der Einsparungen erfolgen. DIE LINKE. in Velbert fordert aber auch (bisher alleine) einen Vergabestopp für private Beratungen oder Gutachten (allein das Wobau-Verkaufsgutachten hat z. B. 2006 über 500.000 Euro gekostet!) und ein Ende der „Swap-Kredit“-Spekulationen in städtischen Unternehmen. Hier sind Mio. Verluste durch „Zocken“ auf fremde Währungen etc. entstanden, die der Stadt nicht als Gewinne zugeführt werden konnten.

Wenn diese Streichungen, die keinem Bürger wehtun, erst einmal vollzogen sind, könnten wir Linken uns z. B. auch für eine Kürzung oder Stundung der Kreisumlage einsetzen. Einseitiges Kürzen im sozialen Bereich aber ist mit uns nicht zu machen!

## UNWÜRDIGE ZUSTÄNDE IM FLÜCHTLINGSHEIM TALSTRASSE

Mitglieder der LINKEN und Jusos haben zusammen mit der Initiative „Karawane“ aus Wuppertal das Heim in der Talstraße besucht. Einige Wochen später, durch uns auf das Thema aufmerksam geworden, besichtigten auch die Mitglieder von Sozialausschuss und Integrationsrat die Unterkünfte.

Die Häuser sind ziemlich alt. Der allerschlimmste Mangel besteht darin, dass es im Haus für alleinstehende Männer für zur Zeit ca. 24 Personen nur 2 Duschen im Keller gibt! Außerdem wohnen dort viele Flüchtlinge zu dritt(!) in einem Zimmer, obwohl 2x3 Zimmer leerstehen. Da zieht auch das Argument der Verwaltung nicht, dass sie ja immer mit Neuzuweisungen rech-

nen müssen und daher etwas Leerstand bräuchten. Viele dieser Menschen leben schon 8,9 Jahre dort, weil sie „geduldet“ sind, es einen Abschiebestopp in ihr Herkunftsland gibt oder sie wegen Krankheit nicht abgeschoben werden dürfen. Selbst bei nachgewiesener schwerer Krankheit ist es fast unmöglich, dort ein Einzelzimmer zu bekommen.

Die Stadt kassiert für diese Zimmer eine hohe Miete: jeder muss im Monat 98 Euro plus 26 für Strom bezahlen. Das macht bei einem 3-Bett-Zimmer 372 Euro! Und das bei einem „Einkommen“, das noch viel niedriger als Hartz IV ist!

## DIE FRAU DES MONATS

Unsere Frau des Monats heißt "Emmely", kommt aus Berlin und ist Kassiererin in einem "Kaiser's"- Supermarkt. Sie war vor einiger Zeit fristlos gekündigt worden, weil sie angeblich 2 Pfandbons im Wert von 1.30 Euro für sich eingelöst haben sollte. Nun hat das Bundesarbeitsgericht als höchste Instanz die fristlose Kündigung gegen Emmely aufgehoben.

ser's standhaft geblieben bist, und für Dein Recht weiter gekämpft hast. Mit Deiner Gewerkschaft ver.di im Rücken! Emmely hat so vielen anderen Beschäftigten Mut gemacht, die ebenfalls wegen angeblicher kleiner Verstöße fristlos gekündigt wurden. Das lässt uns hoffen, dass die Unternehmerwillkür gegenüber dem eigenen Personal wirk-

sam gestoppt werden kann. In diesem Sinne: "Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!"

DIE LINKE. wünscht sich noch viele, viele starke Frauen so wie Emmely! Auch in Velbert! Die Gewerkschaften und DIE LINKE. kämpfen für eine Streichung der "Bagatelverstöße" im Arbeitsrecht, damit nicht jede/r Kollege/in wieder einzeln neu klagen muss, um ungerechte Kündigungen wie im Fall Emmely anzufechten.



Bravo, Emmely, dass Du so lange gegen die Arroganz der Macht bei Kai-

## RWE KASSIERT VELBERT AB

Das Kürzel RWE steht für einen der raffgerigsten Energiekonzerne Europas. Dass RWE seit einiger Zeit Mitbesitzer (49%) der Velberter Stadtwerke ist, macht die Sache nicht besser: An jedem bei uns durch Strom, Gas und Wasser erwirtschafteten Euro verdient dieser Konzern fast die Hälfte mit.

Aber die eigentliche Schweinerei kommt jährlich in die Velberter Haus-

halte: Strompreiserhöhungen, aber saftige! Ca. 100 Euro mehr pro Jahr soll eine Familie an RWE bezahlen.

Ungerechtfertigte Strompreiserhöhungen in dieser Höhe – mitten in der Krise! Als Linke fordern wir: Energiekonzerne in Gemeineigentum überführen. Bei demokratischer Kontrolle!

Damit wir Bürger nicht weiter abgezockt werden!

## FLÜCHTLINGSPOLITIK UND BERATUNG IN VELBERT

Zunächst finden jeden dritten Donnerstag im Monat im Büro der LINKEN um 19 Uhr offene Treffen mit Velberter Aktiven, der Karawane und den Flüchtlingen statt.

Dort sollen politische Strategien zur Verbesserung der Situation entworfen werden. Gleichzeitig wird konkrete Beratung und Unterstützung für die betroffenen Flüchtlinge angeboten.

## DIE SAUEREI DES MONATS

Anlässlich der Besichtigung der städtischen Asylunterkünfte an der Talstraße stellte sich heraus, dass dort drei Bewohner für ein 20m<sup>2</sup>-Zimmer zusammen ca. 390 Euro im Monat bezahlen müssen.

Das entspricht einem m<sup>2</sup>-Preis von fast 20 Euro! Das Geld soll wohl in die Stadtkasse fließen.

DIE LINKE. in Velbert fragt Bürgermeister Freitag: Wenn das stimmt – schämt sich dann bei der Stadt niemand für solche offensichtlichen Wuchermieten? Schluss damit!

## UNERLEDIGTE BAUSTELLEN

Vieles wurde angedacht, versprochen, sogar angefangen. Vieles ist noch immer nicht erledigt, oder auch nur in trockenen Tüchern. Zum Beispiel der Bolzplatz und die Fußgänger Querungshilfe in Tönisheide. Der Lärmschutz in Velbert-West. Der zentrale Busbahnhof in Velbert-Mitte. Die Sanierung des Gymnasiums in Langenberg. Die 2. öffentliche Gesamtschule. DIE LINKE. bleibt am Ball! Wir sind hartnäckig, wenn es um die Interessen der Bürger geht!

## STARKE SPRÜCHE I:

"Ich kaufe mir schließlich keine zu große Hose, nur weil mein Nachbar das auch tut."

DIE LINKE. Ratsmitglied Michael Alfermann in Bezug auf übergroße Einkaufszentren, wie sie außer in Velbert auch in unseren Nachbarstädten Wülfrath, Mettmann und Haan geplant werden.



## WARUM EIGENTLICH NICHT PPP?

PPP (Public-Private Partnership) ist eine viel beworbene Vertragsform, bei der private Firmen im Auftrag der Stadt eine Einrichtung bauen, die dann von der Stadt gemietet wird. Die Vertragsbedingungen werden für jedes Projekt einzeln ausgehandelt, aber in der Regel werden Einsparungen in Höhe von 10-20% gegenüber herkömmlicher Beschaffung angegeben. Deutschlandweit werden in dieser Weise Straßen, Freibäder, Krankenhäuser und vieles andere auf diese Weise gebaut. Zuletzt wurde am 1. Juni der Vertrag für den PPP-Neubau der Hauptschule in Velbert unterzeichnet. Ein dringend notwendiges Projekt. Also warum nicht?

Dagegen sprechen vor allem drei Gründe: Geheimhaltung, schlechte Erfahrungen und Logik.

**Der Erste** ist sicher der am schwersten verständliche. Die PPP Verträge sind streng geheim. Nicht einmal der Stadtrat, der über den Abschluss der Verträge abstimmt, erhält Einsicht. Niemand kann nachvollziehen, ob die Berechnungen der Einsparungen stimmen oder nicht, und was da noch alles an Vertragsfallen aus dem Kleingedruckten auf die Stadt zukommen kann. Das ist eine Entmündigung der Volksvertreter und damit ein echtes Demokratieproblem.

**Der Zweite** ist den Umständen entsprechend gut dokumentiert (Die Umstände: Geheimverträge mit oft langen Laufzeiten, so dass die Endabrechnung vielfach noch nicht vorliegt). PPP ist der Erfahrung nach für die Kommunen im Allgemeinen teurer und riskanter. Schon oft haben die Rechnungshöfe PPP-Wunschträume platzen lassen. Bereits 2003 hat das Revisionsamt der Stadt Frankfurt die nicht nachvollziehbaren Wirtschaftlichkeitsberechnungen bei einem Schulbau gerügt, und kommt statt einer Einsparung von 25% auf Mehrkosten in Millionenhöhe. 2005 kam der Landesrechnungshof Sachsen-Anhalt zu einem vernichtenden Ergebnis bei der Prüfung eines PPP Projektes in Halle:

"Die Rede ist von einem falschen Ergebnis der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung. Auch seien Kostenansätze gegenüber der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung verändert und ausgewiesene Effizienzsteigerungen teilweise um das Vierfache erhöht worden. Ohne Erläuterung und nicht nachvollziehbar, heißt es vom Landesrechnungshof. Zudem wurden

nachträglich einzelne Seiten aus den Verträgen herausgenommen und ausgetauscht. Man erwarte dringende Aufklärung darüber, wer dies warum beauftragt habe." (Quelle: HalleForum).

2006 schrieb der bayrische Rechnungshof: "Städten, Gemeinden und auch Ländern, die finanziell angeschlagen sind, hilft dieses Instrument nicht weiter. [...] Mittel- und langfristig ein gefährlicher Weg, weil auch hier die Finanzierungslast in die Zukunft verschoben wird." 2009 zog der Rechnungshof Baden-Württemberg mit einem kritischen Bericht über behauptete und tatsächliche Ersparnisse in einer Vielzahl abgeschlossener und laufender Projekte in BW nach. Und dies sind nur einige uns bekannte Beispiele.

**Der Dritte Grund:** Die Logik der Sache. Die "Investoren" nehmen für das Projekt Kredite auf – zu meist schlechteren Konditionen, als sie eine Kommune bekommen würde. Dann wird gebaut, und am Ende will der Investor nicht nur sein Geld inklusive Zinsen wiederhaben, er will auch einen satten Gewinn einstreichen. All das muss die Kommune bezahlen. Mit Krediten, für die sie wieder selbst Zinsen zahlen muss. Damit läuft sie weiter in die Schuldenfalle.



Aus diesen und anderen Gründen ist DIE LINKE. Velbert entschieden gegen PPP Verträge. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass die Verträge für den Hauptschulbau offengelegt werden, und dass derartige Dummheiten nicht wiederholt werden.



**Offenlegung der Verträge jetzt!**

## HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH, FRAU KRAFT!

Erst einmal zu Ihrem Entschluss, gemeinsam mit den Grünen in NRW Schwarz-Gelb mit einer Minderheitsregierung abzulösen.

Wir sind Ihnen auch nicht böse, eine Koalition mit uns LINKEN ausgesprochen zu haben – schließlich war das von Ihnen ja auch nicht ernst gemeint. Aber wenn Sie wirklich linke Politik im Interesse unserer Bevölkerungsmehrheit in NRW durchsetzen wollen (vor allem in der Bildungspolitik), wird es an unserer Unterstützung sicher nicht fehlen.

Vielleicht unterstützen Sie ja auch die Gründung einer 2. öffentlichen Gesamtschule bei uns, wie sie viele Velberter schon 2011 wollen. Das wäre super, Frau Kraft. Wir sind gespannt. Also: Glückauf!

## ÜBRIGENS:

Die Bürgerinitiative für eine 2. öffentliche Gesamtschule ist weiterhin aktiv und sammelt Unterschriften für eine weitere Gesamtschule in öffentlicher Trägerschaft. Selbstverständlich unterstützt DIE LINKE in Velbert dieses Anliegen nach wie vor. Hintergrund: Zuletzt mussten ca. 300 Anmeldungen für die Jahrgänge 5 und 11 abgewiesen werden. Dieser unhaltbare Zustand muss so schnell wie möglich – am besten zum Schuljahr 2011/2012 beendet werden! Alle Eltern und Großeltern sollten dabei mitmachen – es geht schließlich um die Zukunft auch ihrer Kinder und Enkel!

## STARKE SPRÜCHE II:

"Nömmes soll sech die Box grötter maken als den eijenen Hengerschen!" (Niemand soll sich die Hose größer machen als den eigenen Hintern!)- Alte niederbergische Volksweisheit, aktuell zutreffend für die Absicht, das großkotzige Sportzentrum von ca. 20 Mio. Euro trotz riesigen Finanzlochs in Velbert um jeden Preis durchzusetzen. DIE LINKE. meint: Oftmals liegt viel Wahrheit im Volksmund!

„Die Zustände im Gymnasium Langenberg sind nicht nur an sich ungeheuerlich, sondern ganz besonders, wenn man bedenkt, dass wir dort unsere Elite ausbilden wollen. Und denen muten wir dann solche Räumlichkeiten zu!“

So Barbara Wendt (SPD) im Bezirksausschuss Langenberg.

**Wir fragen uns:** Wäre es für Frau Wendt weniger schlimm, wenn diese Zustände eine Hauptschule betreffen? War die SPD nicht mal eine Arbeiterpartei? Kein Wunder, dass man sich nur sehr zurückhaltend für die Gesamtschule einsetzt, wenn das Gerede von „Elitenbildung“ als etwas wünschenswertem hier dermaßen Fuß gefasst hat.

**Wir meinen:** Alle Schüler haben Anrecht auf optimale Lernbedingungen. Ganz gleich ob Arbeiterkind, Akademikerkind, zukünftiger Arbeiter oder zukünftige Führungskraft. Nur unter optimalen Bedingungen für alle Kinder, bei gleichzeitig guter Durchlässigkeit des Schulsystems, können auch alle Kinder ihre Fähigkeiten optimal entwickeln. Grade Kinder aus nicht-akademischen Elternhäusern brauchen gute Förderung. Nur so kann Chancengerechtigkeit hergestellt werden.

**Deshalb** tritt DIE LINKE. konsequent ein für eine bessere Bildungslandschaft mit solider Ausfinanzierung, kleinen Klassen und individueller Förderung in Gemeinschaftsschulen.

So hieß einst der Wahlspruch von Willy Brandt. Und auch die neue Ministerpräsidentin Hannelore Kraft spricht von einem Politikwechsel weg von der schwarz-gelben bürgerfeindlichen Landespolitik in Düsseldorf.

Aber was macht Velberts SPD? Sie stimmt im Hauptausschuss für eine Verschlechterung der Bedingungen für Bürgerbegehren. Ist der Wille zum Politikwechsel bei der Velberter SPD-Fraktion nicht angekommen? Hat man ihn schlichtweg verpennt?

Im letzten Moment jedoch ziehen die Stadtoberen in Velbert die Satzungsänderungen zum Bürgerentscheid zurück. Hintergrund ist das Gutachten eines Düsseldorfer Rechtsanwaltes im Auftrag des Vereins "Mehr Demokratie". Den Kontakt stellte übrigens der stellvertretende Fraktionssprecher der Ratsfraktion DIE LINKE., Michael Alfermann her.

Die Folge: Auch in Velbert kann ein Bürgerentscheid nach wie vor mit Wahlen zusammengelegt werden. Es lohnt sich also, sich nicht alles gefallen zu lassen!

**„DIE LINKE“ ist im Landtag von NRW!**

**Trotz Totschweigens und öffentlicher Diffamierung!**

*(Aber nicht traurig sein, Herr Freitag – wir sind ja auch noch da!)*

**Wir Freunde und Mitglieder der Velberter LINKEN danken unseren WählerInnen und versprechen, uns auch weiterhin für die Interessen der kleinen Leute einzusetzen.**

- Paul Stegmann – Gerd Möller – Julia Niemann – Ingrid Schween –
- Klaus Endt – Michael Alfermann – Günter Judick – Karin Lück –
- Jörg Möller – Joschka Blum – Serdar Agit Boztemur –
- Rainer Koester – Harry Gohr –

**Aufgemerkt!**

**Nicht nur zu Wahlkampfzeiten sind wir für Sie da!**

*Unser Büro ist für Sie geöffnet:*

Montags: 15:00 bis 17:00 Uhr

Mittwochs: 15:00 bis 18:00 Uhr

Donnerstags: 15:00 bis 17:00 Uhr

Telefonisch erreichen Sie uns unter:

0 20 51 / 93 28 10

**Impressum Schlüsselbund**

Erscheint unregelmäßig im Raum Velbert.

V.i.s.d.P. für diese Ausgabe:

Klaus Endt und Ingrid Schween.

Offerstr. 14a

42551 Velbert

buero@dielinke-velbert.de

www.dielinke-velbert.de

Die Redaktion behält sich vor, Einsendungen zu kürzen.

Namentlich gekennzeichnete

Artikel geben die Meinung des/der Verfasser wieder.

**Unterwegs mit den Linken:**

**VON DER VILLA HÜGEL ZUM GUT POLLEN**

Wir laden ein zur einer Besichtigung eines der wenigen öffentlich zugänglichen Stadtschlösschen der Neuzeit: Der „Villa Hügel“ der Krupp Familie im Stadtwald in Essen. Erbaut auf dem Leid zehntausender Arbeiter, die für einen Hungerlohn in den Fabriken der Krupp Familie schufteten mussten, ist diese „Villa“ ein gutes Beispiel dafür, wie aristokratisches Gehabe von den Industriebaronen der Neuzeit übernommen wurde. Wir werden über geschichtliche Hintergründe aufklären. Danach gibt es eine Rundfahrt auf dem Baldeneysee und zum Abschluss gemütliches Grillen auf den Velberter Höhen.



**Treffpunkt: Am 17. Juli um 11 Uhr vor dem Eingang des Hügel-Parks.**

**Termine**

Donnerstag 08.07. ab 17h Aktionstag zum Sparpaket (Sparkasse Velbert-Mitte)

Donnerstag 15.07. ab 18h Bürgersprechstunde Tönisheide (alter Bahnhof)

Samstag 17.07. um 11h Exkursion Villa Hügel (Eingang Hügelpark)

**Nicht vergessen: Wir sind**

das linke  von Velbert